

Dutzende Projekte in Gefahr

HAMBURG Durch die Haushaltskrise im Bund sind auch in Hamburg Dutzende Projekte mit einem Fördervolumen in Milliardenhöhe in Gefahr. Der Senat listet 36 Projekte auf, die von der Haushaltssperre betroffen sein könnten. Laut Senat sind neben dem Großelektrolyseur für grünen Wasserstoff in Moorburg (Bund plant Zahlung von 70 Prozent der 152 Millionen Euro) auch andere Projekte für die Nutzung von Wasserstoff in der Industrie betroffen, wie eine Förderung für emissionsfreies Fliegen in Höhe von 43,4 Millionen Euro oder Mittel zum Ausbau der Landstrominfrastruktur im Hafen in Höhe von 74 Millionen Euro. *lno*



Christian Charafeldin

Schwimmoper: Comeback nach drei Jahren

HAMBURG Nach dreijähriger Bauzeit ist die Alsterschwimmhalle im Stadtteil Hohenfelde wieder für den regulären Betrieb geöffnet worden. Seit gestern Morgen können die Hamburger in dem Sport- und Freizeitbad mit der markanten Architektur wieder ihre Bahnen ziehen. Die Alsterschwimmhalle, auch Schwimmoper genannt, ist nun als Sportbad konzipiert, die Rutsche und das Außenbecken gibt es nicht mehr. Die Schwimmer können im etwa 26 Grad Celsius warmen Wasser in den fünf Becken trainieren und ihre Bahnen ziehen. Betreiber Bäderland zufolge hat die Sanierung gut 80 Millionen Euro kostet. Es werden 570 000 Besucher jährlich angepeilt. *lno*

Woran die Sedanstraße erinnert

Schlacht vor 150 Jahren / Initiative fordert Umbenennung in Ludwig-Baumann-Straße



HAMBURG HISTORISCH
Geschichte der Stadt

Volker Stahl

Zwischen Bundesstraße und Grindelallee liegt im Stadtteil Rotherbaum die Sedanstraße. Unter Hausnummer 19a ist ein Backsteinbau von einer 1963 abgerissenen Kaserne übrig geblieben. Erbaut wurde sie 1871. Das war das Jahr, in dem aus knapp 40 im Deutschen Bund assoziierten Fürsten- und Großherzogtümern, Königreichen und freien Städten der deutsche Nationalstaat entstand.

Hamburger Louisenstraße wurde umbenannt

Das Deutsche Reich wurde durch „Blut und Eisen“ begründet, durch Kriege des preußischen Königreichs unter Führung Otto von Bismarcks gegen Dänemark 1864, 1866 gegen Österreich

und 1870/71 gegen Frankreich. Am 1. und 2. September 1870 unterlag das französische Heer bei Sedan, und Kaiser Napoléon III. begab sich in die Gefangenschaft des preußischen Königs. Zum Jahreswechsel 1899/1900 wurde in Hamburg die Louisenstraße, an der die Kaserne lag, zur Erinnerung an die Schlacht umbenannt. Bereits seit 1873 hatte sich mit dem Sedantag der 2. September als nationaler Gedenktag etabliert.

Ein offizieller Feiertag war der Sedantag nicht, außer in Bremen von 1876 bis 1896. Aber es gab Gottesdienste, Turnfeste und Konzerte an Schulen und Universitäten, Jahrmärkte, Ehrungen für Veteranen, Kranzniederlegungen und Einweihungen von Kriegerdenkmälern, Militär-Paraden so große Zapfenstreiche. Anfangs stellten Verlage am 2. und 3. September auch den Zeitungsbetrieb ein, „um dadurch ihren Angestellten Gelegenheit zu ge-

ben, an der Feier des bedeutungsvollen Tages Teil zu nehmen“, wie der „Hamburgische Correspondent“ am 1. September 1875 mitteilte.

„Es hatte in den letzten Jahren leider schon den Anschein, als wollte die Erinnerung an die Großtaten des gewaltigen Siegesjahres verblassen“, notierte das Blatt zum 20. Jahrestag 1890. „Darin ist heute erfreulicher Weise eine Änderung eingetreten. Von allen Seiten wird

gemeldet, dass man sich im ganzen deutschen Vaterlande mit Eifer und Begeisterung zu einer festlichen Begehung des Sedantages rüstet.“

Freilich verweigerten sich die Sozialdemokraten dem „Hurra-Patriotismus“, der Krieg und Militarismus verherrlichte und zum Hass auf Frankreich als „Erbfeind“ aufrief. Erst recht, nachdem sie selbst mit den „Sozialistengesetzen“ von 1878 zu

Staatsfeinden erklärt worden waren. Die SPD-Zeitung „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ bedachte den Sedantag mit einer kritischen Illustration auf der Titelseite. Aber die Huldigungen für die Kriegsherrn überwogen. In Altona wurden 1898 sowohl Kaiser Wilhelm I. als auch Bismarck mit Standbildern geehrt.

„Der Verzicht auf laute Sedan-Feiern kann heute als unwiderleglicher Beweis für die Friedensliebe des deutschen Volkes angesehen werden“, behauptete der „Hamburgische Correspondent“ am 2. September 1914. „Frivolität ohne gleichen hat die Franzosen dazu getrieben zurückzufordern, was sie nach dem vollständigen Zusammenbruch ihrer Heere hatten preisgeben müssen. Um ihre Forderung durchzusetzen, warfen sie sich in die Arme der Russen, von denen sie jetzt für serbisches Mordgesindel zur Schlachtbank gehetzt worden sind.“ Inzwischen hatte der Erste Weltkrieg begon-

nen, und das „Hamburger Fremdenblatt“ titelte zum Feiertag über neue Schlachten: „Zwischen Sedan und Paris“.

Entscheidung zur Umbenennung verzögert sich

Am 27. August 1919 untersagte das Innenministerium der Weimarer Republik die Sedanfeiern. Doch zum 50. Jahrestag 1920 versuchten Kriegervereine, die Tradition fortzusetzen. In Bergedorf stürmten Sozialdemokraten und Kommunisten ein Hotel, in dem eine Feier abgehalten wurde.

Eine Initiative setzt sich dafür ein, die Sedanstraße nach Ludwig Baumann zu benennen. Geboren 1921 in der Bundesstraße, desertierte er 1942 aus der Wehrmacht. Bis zu seinem Tod 2018 stritt er für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Grüne und Linke in der Bezirksversammlung Eimsbüttel sind für eine Umbenennung, die Entscheidung aber wird hinausgezögert.



Im Mai 2022 benannte eine Initiative die Sedanstraße symbolisch nach dem Friedensaktivisten Ludwig Baumann. Foto: René Senenکو

Cum-Ex-Skandal: Linke sieht Scholz und Tschentscher überführt

HAMBURG Hat Kanzler Olaf Scholz (SPD) der Hamburger Warburg Bank zu einem millionenschweren Steuer-geschenk verholhen? Seit drei Jahren geht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) der Bürgerschaft diesem Verdacht nach. Zwei Tage vor Präsentation eines mehr als 1000-seitigen Zwischenberichts steht für die oppositionelle Linksfraktion die Antwort fest. „Die Indizien für eine Einflussnahme von Scholz und auch Peter

Tschentscher sind überwältigend“, urteilte Linken-Obmann Norbert Hackbusch.

Er sieht es als erwiesen an, dass Scholz als damaliger Bürgermeister sowie der jetzige Senatschef Tschentscher (damals Finanzsenator) „auf subtile Weise“ auf Entscheidung des Finanzamtes für Großunternehmen eingewirkt habe. Dieses entschied 2016 und 2017, auf die Rückforderung von 90 Millionen Euro zu Unrecht erstatteter Steuern aus Warburgs Cum-Ex-Geschäf-

ten zu verzichten. „Eine Smoking Gun“ – also einen unumstößlichen Beweis für ein direktes Eingreifen von Scholz und Tschentscher in den Steuerfall – habe der Ausschuss zwar nicht gefunden, räumte Hackbusch ein, aber: „Eine indirekte Einflussnahme ist auch eine politische Einflussnahme.“ Müssen der Kanzler und der Bürgermeister aus Sicht der Oppositionspartei zurücktreten? Linken-Aufklärer David Stoop bejaht das auf Nachfrage: „Das wäre für

mich ein angemessener Schritt.“

Scholz und Tschentscher bestreiten die Vorwürfe entschieden. Sie und die SPD-Vertreter im Ausschuss verweisen darauf, dass keiner der 44 im PUA befragten Zeugen einen politischen Einfluss auf die Entscheidung zum Steuerverzicht bestätigt habe. Der Bundeskanzler soll dennoch ein drittes Mal in den PUA zitiert werden. Dies ist laut Hackbusch gegen Ende der Aufklärungsarbeit vorgese-

hen, mutmaßlich in rund einem Jahr. Der Untersuchungsausschuss endet automatisch mit der Neuwahl der Bürgerschaft Anfang 2025.

Nach Überzeugung der Linken hat die parlamentarische Aufklärung die Vorwürfe politischer Beeinflussung durch SPD-Politiker „in allen Punkten bestätigt“. Stopp nannte ein halbes Dutzend „schwerwiegender Indizien“: So habe der frühere SPD-Innensenator Alfons Pawelczyk den Kontakt von

Warburg-Eigner Christian Olearius zu Olaf Scholz hergestellt, der Olearius daraufhin zu zwei Gesprächen empfangen habe.

Der PUA will den Zwischenbericht morgen vorlegen und debattieren. In einem gestern vorgelegten gemeinsamen Zusatzvotum sehen SPD und Grüne keine Hinweise auf eine politische Einflussnahme. Dagegen ist in dem rot-grünen Papier die Rede von Versäumnissen seitens der Finanzverwaltung. *mlo*